

# Die Oberbadische

5. Dezember 2017

## Oberrheinrat

Auch die Oberrheinregion wünscht vom Schweizer Bundesrat eine verbindliche Zusage zur Finanzierung des „Herzstücks“. Der deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinrat und die Oberrheinkonferenz stellen sich in einer gemeinsamen Stellungnahme hinter die Region Basel und betonen, dass nur mit dem Herzstück die Zulaufstrecken optimale Wirkung entfalten.



So soll nach dem Bau des Herzstücks, einer unterirdischen S-Bahn-Durchmesserlinie, eine der Haltestellen in Basel aussehen. Der trinationale Oberrheinrat fordert eine Finanzierungszusage des Bundesrats. Illustration: Herzog & De Meuron  
*Foto: Die Oberbadische*

Mit dem Minister für Verkehr von Baden-Württemberg, Winfried Hermann, läutete ein prominenter Redner das Hauptthema der Plenarversammlung des Oberrheinrats, die am Montag in Karlsruhe stattfand und im Zeichen der Verkehrspolitik am Oberrhein stand, ein. Einerseits genehmigte der Oberrheinrat ein gemeinsames Schreiben von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz an den Bundesrat, in welchem die Unverzichtbarkeit des „Herzstücks“ für die trinationale S-Bahn Basel betont und um eine Verbindlichkeit im Hinblick auf die Finanzierung gebeten wird. Ohne das Herzstück kämen andere Angebotsverbesserungen wie der Bahnanschluss des EuroAirport (EAP), die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke oder die Taktverdichtung Lörrach-Basel nur ungenügend zum Tragen. Das Schreiben wird als Stellungnahme zur Botschaft zum Bahnausbau 2030/35 eingereicht.



In einer Resolution zum sogenannten Rhein-Alpen-Korridor spricht sich der Oberrheinrat außerdem erneut für eine zeitnahe Verwirklichung des Dritten Juradurchstichs aus. Auf der Schienenverbindung Rotterdam–Genua müssten zudem geeignete Ausweichstrecken zur Verfügung stehen, um Streckensperrungen, wie es im September beim Rastatter Tunnel der Fall war, künftig zu vermeiden.

### **Rechtliche und technische Hindernisse aus dem Weg räumen**

Weiter gelte es, rechtliche und technische Hindernisse aufgrund unterschiedlicher Standards der drei Länder zu beseitigen und die gewünschte Verlagerung des Güterverkehrs mit Sicherheits- und Lärmschutzmaßnahmen zu koppeln.

In einer weiteren Resolution kritisiert das 71-köpfige Oberrhein-Parlament die Tendenz neuer bürokratischer Hürden am Oberrhein, insbesondere im Arbeits-, Berufsstands-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht, welche die grenzüberschreitende Dienstleistungsfreiheit und die Entsendung von Arbeitnehmern erschweren würden. Die Resolution listet diverse Verbesserungsmaßnahmen auf. Schließlich fordert der Oberrheinrat eine verstärkte Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz und bei der Revitalisierung der Flüsse am Oberrhein.

Der Oberrheinrat wird im kommenden Jahr vom kleinsten Partner der Oberrheinkooperation, Rheinland-Pfalz, geleitet, wie es in einer jetzt verschickten Mitteilung heißt. Zum Vorsitzenden wurde zum dritten Mal der Gesandte der Stadt Landau, Theo Kautzmann, gewählt. Er löst den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Josha Frey aus dem heimischen Landkreis Lörrach ab.

Der Basler Großrat Christian von Wartburg wurde zum 2. Vizepräsidenten gewählt, der Baselbieter Landrat Peter Brodbeck als Präsident der Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Gesundheit bestätigt. Drittes Schweizer Vorstandsmitglied bleibt der Aargauer Großrat Roland Agustoni.

In der elfköpfigen Schweizer Delegation des Oberrheinrates sind die Kantonsparlamente von Baselland, Basel-Stadt, Aargau (je drei Sitze) sowie Solothurn und Jura (je ein Sitz) vertreten.

Die Trinationale Metropolregion Oberrhein arbeitet grenzüberschreitend zusammen. Die Teilregionen Elsass, Baden, Südpfalz und Nordwestschweiz mit ihren sechs Millionen Einwohnern fügen sich zu einem Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraum zusammen. Gestaltet und begleitet wird die Kooperation zwischen den Regionen vom Oberrheinrat und der Oberrheinkonferenz. Der Oberrheinrat besteht aus 71 Parlamentsmitgliedern und weiteren Gewählten; er nimmt zu regionalen Fragen

Stellung, auch gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern. Die Oberrheinkonferenz verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden. Sie initiiert eine Vielzahl von Projekten und treibt deren Umsetzung voran.